

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 5

Artikel: Bundesrat lehnt Befristung der KKW ab
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-639556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat lehnt Befristung der KKW ab

Der Bundesrat verzichtet auf eine Befristung der Betriebsbewilligungen für Kernkraftwerke. Diesen Grundsatzentscheid hat er im Hinblick auf die Erarbeitung der Botschaft für das neue Kernenergiegesetz gefällt. Die Vernehmlassung zum KEG fiel erwartungsgemäss kontrovers aus.

Der Bundesrat hat bei seinem Entscheid mitberücksichtigt, dass eine Befristung auf einen Zeitraum, der unter der heute geschätzten technisch möglichen Betriebsdauer liegt, zu grossen volkswirtschaftlichen Verlusten führen würde. Ferner wird die CO₂-Problematik mit einem längeren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke entschärft. Die Chancen der Schweiz für die Einhaltung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls werden grösser. Schliesslich steht für die Entwicklung alternativer Energien mehr Zeit zur Verfügung.

Was die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen betrifft, hatte der Bundesrat im Juni 1999 in einem Vorentscheid beschlossen, auf die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente zu verzichten, wobei die Kernkraftwerkbetreiber die bestehenden privatrechtlichen Verträge erfüllen können.

Ergebnisse der Vernehmlassung

Es sind 118 Stellungnahmen eingegangen. Wie zu erwarten war, ist die Vernehmlassung sehr kontrovers ausgefallen:

- **Option Kernenergie offen halten:** Dies wird überwiegend begrüsst. Einige Vernehmlasser verlangen eine ausdrückliche Förderung der Kernenergie, andere den Ausstieg.
- **Befristung des Betriebs der KKW:** Eine Minderheit hat sich für das Festlegen einer maximalen Betriebsdauer (mit verschiedenen Fristen zwischen 30 und 60 Jahren), eine Mehrheit dagegen ausgesprochen. Verschiedene Vernehmlasser schlagen eine Befristung mit der Möglichkeit einer Verlängerung der Betriebsbewilligung mit fakultativem Referendum vor.
- **Verbot der Wiederaufarbeitung:** Die meisten Kreise lehnen ein Verbot ab. Eine Minderheit ist dafür, gewisse Kreise wollen einen unverzüglichen Stopp.
- **Sicherstellung der Stilllegungs- und der Entsorgungskosten, Nachschusspflicht** (d. h. eine Art Solidarhaftung der Betreiber-gesellschaften für die Kosten): Die vorgeschlagene Lösung wird überwiegend befürwortet.
- **Entsorgung, Konzept des geologischen Tiefenlagers:** Das Konzept wird mehrheitlich begrüsst. Die Umweltorganisationen sprechen sich demgegenüber für eine kontrollierte und rückholbare Langzeitlagerung aus.
- **Rahmenbewilligung mit fakultativem Referendum:** Überwiegend gutgeheissen.

Der Bundesrat wird die Botschaft an die Bundesversammlung spätestens im März 2001 verabschieden. Darin wird er den Entwurf des KEG dem Parlament unterbreiten und zu den beiden neuen Atominitiativen (Ausstiegsinitiative «Strom ohne Atom» und zweite Moratoriumsinitiative «MoratoriumPlus») Stellung nehmen.

Der Vernehmlassungsbericht zum Entwurf eines Kernenergiegesetzes kann auf der Homepage des BFE (www.bfe.admin.ch) abgerufen oder beim BFE bezogen werden (Mischa Frosio, Telefon 031/322 56 76).

Energiepolitische Informationen aus Bund und Kantonen

ZH Im Kanton Zürich sind inzwischen **300 MINERGIE-Bauten registriert**, die meisten davon Neubauten. MINERGIE-Sanierungen, die sich als Demonstrationsprojekte eignen, werden bis Ende Jahr mit 40 Franken pro Quadratmeter unterstützt. Die Gesamtsumme der Förderbeiträge ist auf 400 000 Franken beschränkt.

FR Der Grosse Rat hat **eine Motion zur Förderung des Qualitätslabels MINERGIE angenommen**. Neubauten und Renovationen von Staatsgebäuden (und auch vom Staat subventionierte) müssen die Kriterien des Qualitätslabels erfüllen. Im Rahmen von MINERGIE bekommen auch private Bauherrschaften Subventionen.

BS **Solarstrombörse: Zwölf neue Fotovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 500 kW werden dieses Jahr in Basel erstellt und Strom für die neue Solarstrombörse liefern.**

Insgesamt 34 Offerten für den Bau von Solarstromanlagen sind aufgrund einer Ausschreibung im Rahmen der Solarstrombörse eingereicht worden. Die Gesamtleistung aller angebotenen Anlagen liegt mit über 1600 kW rund fünfmal höher als das Jahreskontingent von 300 kW, das in Basel in den kommenden Jahren jährlich neu gebaut werden soll. Gebaut werden in diesem Jahr eine Grossanlage mit einer Leistung von 240 kW und voraussichtlich weitere 11 kleinere Anlagen mit einer Gesamtleistung von ungefähr 300 kW.

TC Der Regierungsrat hat das neue Energieleitbild und den dazugehörigen Grundlagenbericht genehmigt. Das **Energieleitbild 2000+** legt die energiepolitischen Leitplanken für die nächsten 10 bis 15 Jahre fest. Es zeigt auf, mit welchen Massnahmen die energiepolitischen Ziele erreicht werden sollen. Der Grundlagenbericht hat gezeigt, dass energiepolitisch einiges erreicht werden konnte; der Energieholzabsatz wurde im Vergleich zum Jahr 1992 um 60% gesteigert; der spezifische Energieverbrauch von neuen Schulbauten ist dreimal tiefer als der Durchschnitt der Schulbauten im Jahr 1983. Das Ziel, den Energieverbrauch zu stabilisieren, konnte hingegen nicht erreicht werden.

VD An seiner Januarsitzung hat der Grosse Rat des Kantons Waadt einen **Rahmenkredit in der Höhe von Fr. 7 500 000.- für die nächsten vier Jahre bewilligt**. Mit diesem Kredit sollen Projekte zur rationellen Energienutzung und zur Verwendung erneuerbarer Energien gefördert werden. Dieser Kredit folgt auf einen ersten, im Jahr 1997 bewilligten Rahmenkredit von Fr. 6 000 000.-. Diese Summe wurde in verschiedene wichtige Projekte investiert, insbesondere in Fernwärme-Holzheizanlagen.

Der BFE-Direktor tritt zurück

Der Bundesrat hat am 23. August vom vorzeitigen freiwilligen Altersrücktritt des Direktors des Bundesamtes für Energie (BFE), Dr. Eduard Kiener, Kenntnis genommen. Er scheidet nach 23 Jahren am 31. März 2001 aus dem Amt aus. Die Landesregierung hat dem dienstältesten Direktor des Bundes ihren Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen. Der 1938 geborene Eduard Kiener absolvierte an der ETH Zürich ein Studium als Maschinen-Ingenieur und anschliessend an der Universität Bern ein Zweitstudium als Nationalökonom mit Abschluss als Dr. rer. pol. Er trat nach Industrie- und Lehrtätigkeiten 1973 in die Bundesverwaltung ein. Der Bundesrat wählte ihn 1977 zum Direktor des BFE. Kiener hat während seiner Amtszeit grundsätzliche Entscheide und Weichenstellungen für die Energiepolitik vorbereitet und umgesetzt.